

ANTRAG

der Fraktion der CDU

Kommunen unterstützen, irreguläre Migration begrenzen – Flüchtlingskrise entschieden begegnen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Anzahl der Asylsuchenden und die Zahl der Geflüchteten aus der Ukraine ist im vergangenen Jahr deutlich gestiegen. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern begrüßt die gemeinsame Verständigung von Bund, Ländern und Kommunen auf dem Flüchtlingsgipfel am 17. Februar 2023 als wichtigen Auftakt, um über die große Aufgabe der Aufnahme und Integration der geflüchteten Menschen zu sprechen. Die Vereinbarung von Arbeitsstrukturen und eine erneute Beratung im April 2023 sind jedoch nicht ausreichend. Eine Entscheidung über weitere finanzielle Hilfen des Bundes für die Länder und Kommunen wurde nicht getroffen. Zur Lastenverteilung bei der Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten, die Schaffung von mehr Unterkünften und Wohnungen und die finanzielle Unterstützung durch den Bund bei der Unterbringung und Integration der Geflüchteten wurden keine Ergebnisse erzielt. Über die Begrenzung und Steuerung des Flüchtlingszustroms durch die gezielte Rückführung von abgelehnten Asylsuchenden, die Verhinderung illegaler Migration und die Durchführung der von der Bundesregierung geplanten Abschiebeoffensive wurde nicht verhandelt.
2. Die Landkreise und kreisfreien Städte in Mecklenburg-Vorpommern stehen an der Grenze ihrer Aufnahmekapazitäten, es müssen zunehmend Schulsporthallen und Veranstaltungshallen für die Unterbringung genutzt werden. In den Kommunen ist kaum noch Wohnraum vorhanden. Integrations- und Sprachkurse für Geflüchtete und Asylsuchende können aus Personal- und Kostengründen in der notwendigen Zahl nicht zur Verfügung gestellt werden. Schon jetzt ist die Beschulung von Flüchtlingskindern nur möglich, wenn Schulstunden gekürzt und Schulräume überbelegt werden. Die Betreuung in den Kindertagesstätten ist ebenfalls teilweise kaum noch zu realisieren. Diese Situation könnte die Stimmung in der Bevölkerung von einer Willkommenskultur zu mehr Ablehnung von Flüchtlingen umschlagen lassen.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. umgehend auf Landesebene einen Flüchtlingsgipfel für Mecklenburg-Vorpommern zu den Themen der Unterbringung, Finanzierung, Entlastung der Ausländerbehörden, Betreuung in Kindertagesstätten, die Beschulung, die sprachliche und kulturelle Integration, die Integration in den Arbeitsmarkt, das

- Vorhalten eigener Landeskazapazitäten für die Unterbringung durchzuführen. Hieran sind alle mit diesen Themen befassten kommunalen Vertreter und Spitzenverbände, Institutionen, Verbände, Behörden und Einrichtungen zu beteiligen,
2. die Landeskazapazitäten für die Erstunterbringung von Flüchtlingen deutlich auszuweiten,
 3. auf den Bund einzuwirken, schnellstmöglich alle geeigneten und verfügbaren bundeseigenen Flächen und Immobilien zur Verfügung zu stellen,
 4. vom Bund die Übernahme der Kosten für Unterbringung einschließlich der dazu notwendigen Infrastruktur und die Kosten der Integration in vollem Umfang einzufordern,
 5. vom Bund entschiedene Maßnahmen zur effektiven Begrenzung der irregulären Migration einzufordern,
 6. gemeinsam mit dem Bund die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Rückführung abgelehnter Asylbewerber nachzubessern, um eine zügigere Rückführung zu ermöglichen sowie vom Bund mehr Engagement zum Abschluss von Rücknahmeabkommen mit Drittstaaten einzufordern,
 7. im Bundesrat Initiativen zur Einstufung weiterer Länder als sichere Drittstaaten zu unterstützen und zu forcieren,
 8. die landeseigenen Kapazitäten zur Rückführung auszuweiten und Rückführungen konsequent umzusetzen.



Franz-Robert Liskow und Fraktion

Begründung:

Der Druck auf die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern durch die stetige Zunahme irregulärer Migranten steigt seit Monaten. Während Landkreise und Kommunen dringend nach Möglichkeiten suchen, ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Unterbringung von Asylbewerbern nachzukommen, die ihnen vom Land zugewiesen werden, wächst der Protest in der Bevölkerung gegen die Errichtung zusätzlicher Unterbringungsmöglichkeiten. Kommunalvertreter, Bürgermeister und Landräte werden angefeindet, angegriffen und sehen sich gar mit Morddrohungen konfrontiert.

Die fehlenden Kapazitäten zur Unterbringung werden ergänzt durch fehlende Integrations- und Betreuungsangebote. Diese Situation wird durch die hohe Zahl an Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine verschärft, die ebenfalls Wohnraum sowie Betreuung in Kindertagesstätten und Beschulungsangebote benötigen.

Das Engagement der Landesregierung erschöpft sich in Solidaritätsadressen an die Kommunen, ohne eine substantielle Unterstützung darzustellen. Die Ministerpräsidentin hintertreibt öffentlich sogar das Bemühen der kommunalen Ebene zur Errichtung von Unterbringungsmöglichkeiten. Die Landesregierung lehnt bisher eine Erhöhung der Kapazitäten der Landeserstaufnahmeeinrichtungen ab, obgleich diese trotz höherer Zahlen deutlich unter jenen der Flüchtlingswelle 2015/2016 liegt.

Neben der dringenden substantiellen Unterstützung der Kommunen bei Unterbringung und Integration ist es unerlässlich, dass die Landesregierung sich im Bund engagiert, für eine Begrenzung der irregulären Migration einsetzt und Maßnahmen gegen den Missbrauch des Asylrechts ergreift. Zugleich sind Rücknahmeabkommen abzuschließen sowie die Einstufung von Staaten als sichere Drittstaaten vorzunehmen.

Die Landesregierung muss ihre eigenen Anstrengungen zur Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern intensivieren.